

## **Antrag**

**der Abgeordneten Cansu Özdemir, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,  
Martin Dolzer, Norbert Hackbusch, Inge Hannemann, Stephan Jersch,  
Christiane Schneider, Heike Sudmann und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Weibliche Genitalverstümmelung verhindern durch Ausbildung von  
Multiplikatoren/-innen und Zusammenarbeit mit den Communities**

Weibliche Genitalverstümmelung (female genital mutilation, kurz FGM) ist eine Menschenrechtsverletzung, die für die Betroffenen häufig mit großem physischem und psychischem Leid einhergeht. Die Anzahl der betroffenen und bedrohten Frauen und Mädchen kann nicht eindeutig bestimmt werden, da von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist. Schätzungen divergierten bisher zwischen 19.000 und 30.000 Betroffenen in Deutschland.

Zur Bestrafung und Verhinderung von FGM wurde im Jahr 2013 ein neuer Straftatbestand „weibliche Genitalverstümmelung“ als § 226a StGB geschaffen. Fachleute betonen aber, dass zur Prävention von FGM „ein breites Wissen“, „eine besonders starke interkulturelle Sensibilität aller Beteiligten“, die „Einbeziehung der Migrantengemeinschaften“ und „Begegnung auf Augenhöhe“ nötig sind.<sup>1</sup>

Am 6. Februar 2017 stellte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Studie vor, nach der die Zahl der in Deutschland lebenden von weiblicher Genitalverstümmelung Betroffenen auf knapp 50.000 gestiegen ist. Hintergrund der Steigerung sei die Zuwanderung von Geflüchteten aus Regionen, in denen weibliche Genitalverstümmelung verstärkt praktiziert werde.

In Hamburg werden den Behörden nur wenige Fälle von FGM bekannt und Betroffene kommen nur selten in den Hilfestrukturen an. Neuere Zahlen sind nicht bekannt.

Der „Hamburger Runde Tisch gegen Genitalverstümmelung“ hat in seiner Fachveröffentlichung Möglichkeiten interdisziplinärer Fallzusammenarbeit bei FGM vorgestellt. Der erste Schritt, die Vorbereitung des Hamburger Hilfe-Systems, ist also gemacht. Nun ist es wichtig, dass Betroffene und potenziell Betroffene von Unterstützungsmöglichkeiten erfahren.

Seit 2011 werden in Hamburg die EU-finanzierten und von Plan International Deutschland e.V. und TERRE DES FEMMES Menschenrechte für die Frau e. V. getragenen Projekte CHANGE und CHANGE Plus durchgeführt. In den Projekten werden Multiplikatoren/-innen aus den Communities ausgebildet, um ihre Gruppen für die Auswirkungen von FGM zu sensibilisieren und auf diese Weise Veränderungen zu erreichen. Die Multiplikatoren/-innen können als Brückenbauer/-innen zwischen den Betroffenen und der Hamburger Hilfe- und Beratungslandschaft fungieren. Diese erfolgreiche Arbeit, die auf Prävention statt Repression setzt und zum Ziel hat, FGM zu verhindern und gleichzeitig die Communities zu stärken, sollte ausgebaut und auf weitere Gruppen ausgeweitet werden.

---

<sup>1</sup> Intervention und Unterstützung bei Weiblicher Genitalverstümmelung. Fachveröffentlichung des überbehördlichen „Hamburger Runden Tisches gegen Genitalverstümmelung“, BASFI Hamburg (Hrsg.).

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**1. Die Bürgerschaft stellt fest:**

- a. Weibliche Genitalverstümmelung ist eine Menschenrechtsverletzung mit massiven psychischen und physischen Auswirkungen für die Betroffenen.
- b. Zur Verhinderung weiblicher Genitalverstümmelung müssen neben repressiven vor allem präventive Wege gegangen werden.

**2. Der Senat wird aufgefordert,**

- a. seine Anstrengungen zur Verhinderung weiblicher Genitalverstümmelung zu erhöhen und gemeinsam mit Experten/-innen aus den betroffenen Communities und dem Runden Tisch gegen Genitalverstümmelung Maßnahmen zu entwickeln, die die Information und das Empowerment von (potenziell) Betroffenen, die Fort- und Weiterbildung von Multiplikatoren/-innen und die Einbeziehung der Communities umfassen,
- b. die Kosten der Maßnahmen zu eruieren und ihre Finanzierung durch die Bereitstellung entsprechender Mittel im Haushalt sicherzustellen, und
- c. bis zum 31.12.2017 über die bis dahin erfolgten Schritte zur Umsetzung der Maßnahmen zu berichten sowie eine erste Kostenkalkulation vorzulegen.